

Der notwendige Neuanfang der Parteipolitik

Griechenland braucht einen neuen Konsens zwischen Politik und Gesellschaft

Vor Beginn der Krise in Griechenland gab es Stimmen, die verdeutlichten, dass die Reform der griechischen Finanzen lange beschwerliche Jahre dauern werde. Doch sie wurden meist nicht gehört, die Hoffnung war eher, dass es sich um eine kurze Talfahrt des Landes handeln werde, die schnell überwunden sein würde. Dies hat sich inzwischen als falsch erwiesen. Die verkrusteten Strukturen des griechischen Staates und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, sind ebenso beschwerlich und langwierig zu überwinden, wie die problematische Struktur der europäischen Währungsunion. Ein deutliches Hemmnis des griechischen Reformkurses ist aber, dass es gesellschaftlich keinen Konsens darüber gibt, dass all diese Reformen nötig sind, geschweige denn über die Dosierung der Lasten und ihre Verteilung. Der seit Ausbruch der Krise sichtbare Riss zwischen dem politischen System und der griechischen Gesellschaft wird dagegen zunehmend größer.

In Griechenland zeichnete sich zum Ende 2011 ein Wandel der politischen Landschaft ab, der sich in den Zwillingswahlen im Mai und Juni 2012 manifestierte und Athen in den nächsten Jahren prägen dürfte. Nach massiven Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene, aber auch innerhalb und zwischen den griechischen Parteien über die notwendigen Strukturreformen, kündigte der damalige Ministerpräsident Papandreou ein Referendum in Griechenland über die Sparpolitik an. Nur wenn dieses Votum positiv ausfalle, könne das Rettungspaket angenommen und die Austeritätspolitik fortgesetzt werden.

Nur ein paar Tage darauf war der Plan der Volksabstimmung wieder vom Tisch. Dafür hatte das Parlament Papandreou das Vertrauen ausgesprochen - allerdings nur das Vertrauen darauf, dass er baldmöglichst seinen Rücktritt zugunsten einer Regierung der nationalen Einheit einreicht. In der Folge wurde der ehemalige Vizepräsident der EZB Loukas Papademos Ministerpräsident einer Koalitionsregierung auf Zeit. Er sollte mit seiner von Technokraten geprägten Regierung in wenigen Monaten die Sparbeschlüsse des Gipfels umsetzen und das Land auf die Neuwahlen vorbereiten. Dafür wollen die beiden großen Parteien Nea Dimokratia und PASOK sowie die rechtspopulistische LAOS zusammenarbeiten. Dies ist bemerkenswert für Griechenland, denn Koalitionen hatten seit

Bestehen des griechischen Staates eine sehr geringe Halbwertszeit und gelten als Phasen der Stagnation.

In der aktuellen Situation war es aber umso verwunderlicher, weil die größte Oppositionspartei Nea Dimokratia seit ihrer Abwahl 2009 jede Kooperation mit der PASOK verweigerte und auch die mit den europäischen Partnern vereinbarten Sparprogramme vehement ablehnte. Dagegen half auch nicht, dass der Parteichef Antonis Samaras von seinen Parteifreunden in der Europäischen Volkspartei regelmäßig zum Einlenken angehalten wurde. Erst die Ankündigung des Referendums brachte Bewegung in die verfahrenere politische Situation und erzwang ein Bekenntnis der ND zum Verbleib Griechenlands in der Eurozone und zur Akzeptanz der Sparmaßnahmen. Das Ergebnis war einerseits ein Konsens der bisherigen „Großen Parteien“ in Griechenland – ND und PASOK – über die Fortsetzung des Sparkurses und andererseits die Formierung einer Opposition gegen diese Politik am linken und rechten Rand des politischen Spektrums.

Diese Entwicklung bestätigte sich in den im Mai und Juni 2012 abgehaltenen Parlamentswahlen, die mehrere, für die griechische Politik, neue Entwicklungen brachten:

- Die beiden großen Parteien ND und PASOK, die bislang gemeinsam etwa 80 Prozent der Wählerstimmen gewinnen konnten, sind deutlich geschrumpft. Während die ND mit zuerst 19 Prozent und dann 29 Prozent noch glimpflich davon kam, schrumpfte die PASOK von ihren 43 Prozent aus dem Jahr 2009 auf kümmerliche 12 Prozent im Juni 2012. Damit repräsentierten die beiden Parteien gemeinsam mit dem derzeitigen Koalitionspartner, der linkssozialdemokratischen „Demokratischen Linken“ nur noch etwa 48 Prozent der Wählerinnen und Wähler.
- Demgegenüber wurde der rechte und linke Rand des politischen Spektrums deutlich gestärkt. Während die Koalition der Linksradiكالen SYRIZA auf 26 Prozent der Stimmen kam, bekamen die Rechtspopulisten von den „Unabhängigen Griechen“ 7 Prozent und die Rechtsfaschisten von der Partei „Goldenes Morgengrauen“ 6 Prozent. Gemeinsam mit der kommunistischen KKE bildete sich somit ein Oppositionsblock mit etwa 45 Prozent der Stimmen.
- Die im Juni 2012 gebildete Koalitionsregierung von ND, PASOK und Demokratischer Linken ist die erste Mehrparteienregierung in Griechenland, die das Ziel hat, die Amtsperiode durchzuhalten und nicht, wie ihre beiden kurzlebigen Vorgänger, lediglich als Interimslösung zu dienen und den Weg für Neuwahlen frei zu machen.

Vor dem Hintergrund des sich verändernden Parteienspektrums könnte dies ein Fingerzeig für die Zukunft der griechischen Politik sein.

Viele schwere Handicaps

Der Weg in diese Koalitionsregierung war allerdings von massiven Auseinandersetzungen geprägt und auch der Regierungsalltag ist von vielen kleinen Scharmützeln und Positionskämpfen bestimmt. Verbindend ist lediglich das Ziel, Griechenland im Euro zu halten und die Reformen, die von den Kreditgebern gefordert werden, umzusetzen. Für die griechische Gesellschaft erbrachte dies den Nachweis, dass neben den wirtschaftlichen Problemen und der hohen Arbeitslosigkeit auch Parteien und Politiker ein schweres Handicap Griechenlands darstellten. Dies hatten schon 17% der Befragten im Oktober 2010 genannt, nur die beiden vorgenannten Themen wurden als problematischer eingeschätzt. Gleichzeitig waren 90% der Befragten unzufrieden mit der Arbeit der Regierung und der Opposition. Bei der Frage nach der besten Besetzung des Postens des Regierungschefs bekommt „Niemand“ die höchsten Zustimmungswerte mit etwa einem Drittel, erst danach folgen der aktuelle Ministerpräsident Antonis Samaras von der ND und Oppositionsführer Alexis Tsipras von der SYRIZA.

Das politische System der so genannten "Metapolitefsi" - der Periode seit dem Sturz der Obristendiktatur 1974 - ist in einer schweren Krise. Keine Partei verfügt in den wöchentlichen Umfragen über eine tragfähige Mehrheit, obwohl das griechische Wahlrecht den Sieger großzügig belohnt - ein Bonus von 50 Sitzen in einem Parlament mit 300 Abgeordneten. Stattdessen zeichnet sich die Etablierung eines Mehrparteiensystems ab. Die kleineren Parteien konnten nur teilweise vom Vertrauensverlust in die beiden Großen profitieren. So erfolgte der Zuwachs von SYRIZA vor allem auf Kosten der PASOK, deren Anhänger in Scharen zur Koalition der Linksradiكالen überliefen, die in ihren Wahlparolen durchaus deutlich die Rückkehr zum alten System gefordert hatten. Daneben gewannen die Rechtsfaschisten sehr stark an Bedeutung, da sie sich erfolgreich als außerhalb „des Systems“ gerieren konnten und somit die allgemeine Abkehr vom politischen System ausnutzen konnten.

Die Bevölkerung traut den bisherigen Akteuren nicht zu, die Folgen der Krise zu bewältigen. Die neuen Parteien, die sich in den letzten beiden Jahren v.a. durch Abspaltung von den beiden Großen gebildet haben, bieten ebenfalls nur altbekanntes Personal. Eine neue Partei oder politische Bewegung in Griechenland ist nicht in Sicht. Zwar gründete sich im Oktober

2011 eine Plattform aus angesehenen Ökonomen und Intellektuellen, die sich für die Zukunft des Landes einsetzen wollten, diese zerfiel aber kurz darauf wieder und trat gar nicht erst zur Wahl an.

Gesellschaftlich führt das zu zwei Trends. Einerseits ist der Großteil der Bevölkerung damit beschäftigt, die Folgen der Krise auf das unmittelbare Lebensumfeld zu verarbeiten. Die Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und Entlassungen im Zuge der Sparmaßnahmen haben dazu geführt, dass private Haushalte zunehmend unter Druck geraten, um die Ausgaben des täglichen Bedarfs bestreiten zu können. Dies trifft besonders für die Großstädte Athen und Thessaloniki zu, wo familiäre Netze weniger greifen, als dies auf dem Land (noch) der Fall ist.

Andererseits artikuliert sich der Unmut der Bevölkerung vor allem in Demonstrationen und Streiks gegen die Sparpolitik, es hat sich aber auch aus dieser Protestbewegung noch kein Forum gebildet, das die Unzufriedenheit zahlreicher Bürgerinnen und Bürger politisch artikulieren könnte. Auch die Bewegung der "Aganaktizmenoi" (der Empörten), die im Sommer 2011 teilweise mehr als 100.000 Menschen auf den Straßen versammelte, konnte lediglich kurzfristig den Protest gegen die Sparpolitik bündeln, aber keine politische Botschaft artikulieren. Zudem verlief sie sich kurz darauf wieder und es gab in der Folge keine weitere organisierte Protestbewegung mehr.

Gleichzeitig führen die Parteien und die vielen Abspaltungen ehemaliger Funktionsträger mit eigenen Parteien zu einer Fortsetzung der von der Gesellschaft oft lediglich als Zänkerei wahrgenommenen Auseinandersetzungen um Deutungshoheit und Posten. Besonders im Mitte-Links-Raum, aber auch am rechten Rand der ND und im unbesetzten Raum von ökologischen oder liberalen Bewegungen, gründen sich momentan in hoher Schlagzahl Parteien und Bewegungen, deren Wahlaussichten, politische Fundierung und Mobilisierungsfähigkeiten eher problematisch ausgeprägt sind. Die Spaltung zwischen Politik und Gesellschaft nimmt daher eher zu, weil die politische Bühne noch zu oft als von der Gesellschaft und deren drängenden Problemen abgehoben erscheint. Momentan zeichnen sich daher zwei Szenarien ab, wie sich die politische Landschaft in Griechenland in den kommenden Jahren entwickeln könnte.

Im ersten Szenario können die Verwerfungen zwischen den Bürgern und der Politik in Griechenland breiter werden. Es findet sich keine Bewegung, die den Unmut mit den Parteien und ihrer Klientelherrschaft aufnimmt. Stattdessen werden die Ränder des

Parteiensystems mit den Kommunisten der KKE und den Rechtsfaschisten von der Chrysi Avgi (Goldenes Morgenraue) gestärkt, der linksradikalen Koalition SYRIZA gelingt es nicht, die zahlreichen aus dem gemäßigten Spektrum kommenden Wählerinnen und Wähler zu integrieren und eine moderatere Position zu finden. Stattdessen wird sie in ihre unterschiedlichen Faktionen zerfallen, die bereits heute in vielen Punkten uneins sind. Auch in den Regierungsparteien setzen sich die parteipolitischen Hardliner durch und die kleinen Unterschiede der drei Parteien weiten sich zu tiefen Rissen. Kompromissfindung wird innerhalb und zwischen den Parteien zunehmend unmöglich, das Land wird unregierbar.

In diesem Klima werden gewalttätige Strömungen von rechts und links wieder gestärkt werden. Die in Griechenland lange noch aktiven linksterroristischen Gruppierungen werden wie schon zu Beginn des Jahres 2013 wieder aktiver werden und Zulauf erhalten. Am rechten Rand werden sich ausgehend von der Chrysi Avgi ebenfalls terroristische Gruppen bilden, die sich ähnlich wie in Ungarn vor allem gegen Minderheiten und Migranten richten. Dies ist in einigen Städten Griechenlands bereits Praxis geworden, indem die Rechtsfaschisten beispielsweise Einwanderermärkte stürmen oder Straßenkontrollen durchführen. Eine positive ökonomische Entwicklung wäre unter diesen Umständen undenkbar, Griechenland würde mit unabsehbaren Folgen für den gesamten europäischen Raum ins Chaos stürzen.

Das zweite Szenario ist etwas optimistischer: eine Umwälzung des politischen Systems von unten, durch das Aufkommen neuer politischer Bewegungen gespeist aus der erwachenden zivilgesellschaftlichen Szene Griechenlands. Dies würde auch die etablierten Parteien zwingen, sich zu modernisieren und Elemente partizipativer Demokratie stärker in ihren Rängen zu etablieren.

Die Parteien würden angesichts der neuen Alternative im Parteiensystem angehalten sein, sich kooperativer zu verhalten, weil die klare Polarisierung nicht mehr von den Wählern goutiert wird. Für einen solchen Prozess wäre der politische Mitte-Links-Raum prädestiniert, weil sich dort bereits heute neben der PASOK und der Demokratischen Linken eine Vielzahl von Bewegungen tummeln, die versuchen eine politische Antwort auf die Krise zu finden, die sozialdemokratische Werte mit einer klar pro-europäischen Haltung und strukturellen Reformen vereinbart. Bei einer solchen Entwicklung wäre eine Durchführung der ökonomischen Reformen möglich, die Belastung der Bürger verteilt sich aber gerechter, so dass auch die Besserverdienenden stärker zur Verantwortung gezogen werden können.

Aktuell zeichnet sich trotz der Verwerfungen zwischen den Parteien eher das zweite Szenario ab. Denn besonders die neu entstehenden politischen Bewegungen betonen das Moment der Verantwortung für die europäische Zukunft des Landes und versuchen, die aktuelle Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung dafür zu nutzen, politische Antworten für den Tag nach der Krise zu entwickeln. Zudem entstehen in vielen Stadtvierteln oder Städten, zu vielen unterschiedlichen Themen und Problemstellungen bürgerschaftliche Bewegungen. Die in Griechenland bislang unterrepräsentierte oder von der (Partei-) Politik okkupierte Zivilgesellschaft wird aktiver und unabhängiger. Es entstehen Verbraucherbewegungen zur Senkung der hohen Lebensmittelpreise, es bilden sich Bürgerkomitees zur Verschönerung des eigenen Stadtviertels und gerade junge Menschen tauschen sich intensiv darüber aus, wie Griechenland in den kommenden Jahren aussehen soll. Was manch scharfzüngiger griechischer Beobachter als die „Ent-Sowjetisierung“ des Landes bezeichnet, das Ende der Erwartung, dass der Staat für jedes Problem zuständig ist und die Gesellschaft dabei keine Rolle spielt, findet statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben verstanden, dass diese Krise eine lang andauernde sein wird, dass der Weg hinaus nur mit kleinen Schritten erfolgen kann und sie beginnen, einige der kleinen Schritte selbst zu gehen. Wenn ihnen die demokratischen Parteien auf diesem Weg bald folgen könnten und sie begleiten, dann könnten auch sie einen Platz in der Zukunft Griechenlands finden.

Christos Katsioulis ist Politikwissenschaftler und Experte für Außen- und Sicherheitspolitik. Er ist Leiter des neuen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen.

Kontakt: christos@fes-athens.org